



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Heinrich-Heine-Straße 3-5 · 15831 Mahlow

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Dienstag & Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und **www.planfeststellungsverfahren.net**

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 43

Mahlow, im Juli 2006

Wir legen Verfassungsbeschwerde ein!

Die Jubelmeldungen um den Neubau des BBI und seine angebliche Eröffnung in 2011 reißen nicht ab. Weiter so, Augen zu und durch, koste es was es wolle, wir bauen ihn! Warum warten, bis auch das Bundesverfassungsgericht seine Rechtsmeinung zu einer Verfassungsbeschwerde gegen die widersprüchliche Standortrettung „Schönefeld“ abgegeben hat? Wir sind Gott sei dank kein privater Bauherr, weil der auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes keine Schippe mehr in die Hand genommen hätte, um einen Flughafen für sicher 6 Mrd. Euro zu bauen, der nie wirtschaftlich sein kann und dessen Fluggäste nach 22.00 Uhr in Leipzig oder Hannover landen dürfen, weil 22.00 die Flugsteige hochgeklappt werden müssen.

Natürlich wird nun, wie so oft vor allen verlorenen Gerichtsverfahren, kraftmeierisch verkündet: Was stört uns die Verfassungsbeschwerde von Klägern des BVBB und anderen privaten Klägern. Da schreckt dann auch nicht ab, dass die Kläger des BVBB mit ihrer Verfassungsbeschwerde von einer ausgewiesenen erfahrenen Kanzlei (Oppenländer, Stuttgart) und einem Anwalt (Dr. Christofer Lenz) vertreten werden, die schon in der Vergangenheit nur solche Verfassungsbeschwerden eingereicht hat, für deren Annahme sie Erfolgsaussichten sah.

Der Gang nach Karlsruhe, dem Sitz des Bundesverfassungsgerichtes, wurde auf einer Mitgliederversammlung am 03.07.06 in Anwesenheit von ca.500 Mitgliedern ohne Gegenstimme beschlossen. Dr. Christofer Lenz, auch eines von 7 Mitgliedern des Verfassungsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer, hatte vor der Abstimmung die Angriffspunkte gegen die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes (vom 16.03.06) dargestellt. Sie bezogen sich u. a. auf die widersprüchliche Entscheidung in der Abwägung des Standortes Schönefeld. Schon im Raumordnungsverfahren (1994) wurde Schönefeld als ungeeignet festgeschrieben und Sperenberg als ideal bewertet. Aber: die politischen Laien hat weder das Raumordnungsverfahren noch Expertenmeinungen oder gar Entscheidungen des eigenen Aufsichtsrates zur Vernunft gebracht. Jetzt haben sie die Quittung, deren Inhalt Sie im Klartext nur in BVBB-Infos nachlesen können.

Was sich die Politik mit BBI in Schönefeld eingebrockt hat

Wer erinnert sich noch an die Propagandapressekonferenz von Platzeck und dem Leiter der Planfeststellungsbehörde am 13.August 2005. Da wurde ein Planfeststellungsbeschluss für den geplanten Neubau eines Großflughafens BBI in Schönefeld hymnisch gefeiert.

- „Der Notwendigkeit eines effektiven internationalen Flughafens sei ebenso Rechnung getragen worden wie Interessen von Menschen und Umwelt, sagte Platzeck am Freitag.“ (INFORADIO 13.08.04)
- „Die Planfeststellungsbehörde im brandenburgischen Verkehrsministerium genehmigte das Infrastrukturprojekt unter strengen Auflagen. Dadurch sollten insbesondere die Lärmbelästigung der Bürger minimiert sowie der Schutz der Umwelt sichergestellt werden, sagte Brandenburgs Verkehrsminister Frank Szymanski (SPD) am Freitag in Potsdam.“ (DDP 13.08.2004)
- „Platzeck verwies auf die Auflagen, mit denen die Belange der betroffenen Menschen, Gemeinden und der Umwelt berücksichtigt würden. Er erwarte vom Ausbau des Flughafens viele neue Arbeitsplätze und wirtschaftliche Impulse für die Region.“ (REUTERS 13.08.2004)
- „Wir haben beim Lärmschutz die Forderungen der Flughafengegner erfüllt“, sagte der Chef der Planfeststellungs-Behörde, Rainer Bretschneider. (MAZ 14.08.2004)
- „Gesundheitsgefährdender Lärm für die Anwohner wird nach Bretschneiders Angaben ausgeschlossen, vermeiden lasse sich der Krach aber nicht. (Tagesspiegel 14.08.2004)
- **WOWEREIT BEGRÜSST PLANFESTSTELLUNGSBESCHLUSS ZUM FLUGHAFEN SCHÖNEFELD: RIESIGER SCHRITT GETAN**
- Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin teilt mit: Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, hat den Planfeststellungsbeschluss zum Bau des neuen Flughafens Berlin-Brandenburg begrüßt.
- Damit ist ein riesiger Schritt zur Verwirklichung des größten und wichtigsten Infrastrukturprojekts für die wirtschaftliche Entwicklung der Region getan worden. Die drei Gesellschafter erarbeiten gerade den Finanzierungsplan; der Bund, Berlin und Brandenburg stehen zu der Zusage, ihren Anteil an den Baukosten zu tragen. Jeder Euro, den wir dort investieren, ist gut angelegtes Geld. Berlin und die Region brauchen den Single-Standort Schönefeld, damit wir eine zukunftsfähige und zeitgemäße Einbindung in den internationalen Flugverkehr bekommen, sagte Wowereit, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der Flughafengesellschaft ist. (Senatskanzlei Pressemitteilung vom 13.08.2004, 10:37 Uhr)
- „Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) sprach von einem "Meilenstein". Der Ausbau von Schönefeld sei die "wichtigste Infrastrukturmaßnahme" in der Region. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) begrüßte den Planfeststellungsbeschluss. Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns (CDU) versprach eine "große Hebelwirkung für den Arbeitsmarkt".“ (MAZ 14.08.2004)

Wie immer feierten die regionalen Medien durch Hofberichterstattung mit. Wie gewohnt erfolgte der Versuch, die Leser und die Öffentlichkeit auf Linie zu halten. Der BBI muss kommen, koste es was es wolle! Da spielen Milliarden ebenso wenig eine Rolle wie der Fluglärm, die Gesundheit und Beeinträchtigung der Lernfähigkeit unserer Kinder, die Zerstörung von Erholungsgebieten, die Vernichtung von Arbeitsplätzen und die Wertvernichtung privaten Eigentums. Jetzt, nach Vorlage des schriftlichen Urteils des Bundesverwaltungsgerichtes (www.bverwg.de unter 4A 1075.04) wird bestätigt, was der BVBB und die Kläger immer gesagt haben:

- Das „gepriesene“ Lärmschutzkonzept ist rechtswidrig. Die Planfeststellungsbehörde des Landes Brandenburg wurde dazu verurteilt, in einem neuen Planfeststellungsverfahren ein Konzept vorzulegen, das endlich die Schutzinteressen der Bevölkerung und nicht die gewollte Gewinnmaximierung von Fluggesellschaften fördert.
- Das Gericht bestreitet die Nachtflugforderungen der Flughafengesellschaft (FBS) und seine Nachtflugbegründung. Da wurde behauptet, dass der Nachtflug auch entscheidend für die Wirtschaftlichkeit des Flughafens sei. Die Ohrfeige für diesen Unsinn kam prompt. Das Gericht erinnerte daran, dass auch andere Flughäfen in Deutschland und im Ausland mit Nachtflugbeschränkungen und Verboten betrieben werden. Peinlich!
- In Wahrheit ist das Urteil eine Katastrophe für die Politik und die Befürworter der falschen Standortentscheidung „Schönefeld“. Nichts ist mehr verlässlich kalkulierbar. Dies gilt z. B. für den Eröffnungstermin 2011, die Milliardenkosten, das Ende von weiteren Gerichtsverfahren (Verfassungsbeschwerde, mögliche weitere Klage gegen den neuen Planfeststellungsbeschluss, die Entscheidung des OVG Berlin/Brandenburg zur Klage gegen die Schließung von Tempelhof oder das Urteil zur verweigerten Betriebszulassung des Flughafens „Neuhardenberg“).

Nun wird gebastelt! Wowereit, Platzeck und Merkel (Gesellschafter der Flughafengesellschaft im Besitz von Berlin, Brandenburg und Bund) im Verein mit den Fluggesellschaften werden nun wieder die Planfeststellungsbehörde unter Druck setzen. Mit allen Mitteln soll dann im neuen Planfeststellungsbeschluss nachgewiesen werden, dass es für die so genannten Nachtrandzeiten (22:00:24:00 Uhr und 5:00:6:00 Uhr) einen öffentlichen Bedarf zur Störung der Nachtruhe gibt, nachdem für die Zeit von 0:00 Uhr bis 5:00 Uhr alle Starts und Landungen praktisch verboten wurden.

D. h. im Klartext:

- die Sozialdemokraten als angeblicher Retter sozialer Interessen
- die Christdemokraten als angebliche Schützer des Menschen als Ebenbild Gottes
- die Linke/PDS als angebliche Schützer der Gepeinigten und Entrechteten
- die Grünen als angebliche Retter von Natur und Umwelt
- die FDP als angeblicher Schutzpatron des privaten Eigentums und selbsternannter Kämpfer für die Interessens des Steuerzahlers

bleiben bei ihrer menschenverachtenden Haltung: der Fluglärm und die Profite für Fluggesellschaften, auch wenn sie in Millionenhöhe ins Ausland fließen, müssen vor den Menschen geschützt werden.

Mit der weiter praktizierten Durchsetzungswut berauben sich die Spezialdemokraten des letzten Fünkchens ihrer Glaubwürdigkeit. Sie stehen als nackte Profitmaximierer vor den Augen der Betroffenen und den Teilen der Öffentlichkeit, die sich bemühen, das beschämende Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt BBI sachlich zu beurteilen.

Der BVBB bleibt bei seiner Linie: „Schönefeld Nein!“ Wir werden weiter für den Schutz der Menschen eintreten. Wir sind der Anwalt gegen den Lärmterror und seine Folgen. Die politischen Protagonisten in SPD, CDU, Linke/PDS, Grüne und FDP sind Streiter für einen Unsinn, über den die Fachwelt lacht und den der Steuerzahler und die erfolgreichen Bundesländer bezahlen sollen.

Lesen oder hören Sie solche Wahrheiten in Berliner und Brandenburger Medien? Dann teilen Sie uns dies mit! Gerne sind wir bereit, die Hofberichterstattung differenziert zu beurteilen.

Die fragwürdige Rettung des BBI - Wer versteht das Bundesverwaltungsgericht?

Kaum noch jemand kann zählen, in wie viel Gerichtsverfahren den Politikern in Berlin, Brandenburg und dem Bund schon Rechtsverstöße, Rechtswidrigkeiten und Rücksichtslosigkeiten gegenüber den Schutzinteressen von Fluglärm-betroffenen bescheinigt wurden. Nach jedem verlorenen Verfahren hieß die Parole: Weiter so!

Schließlich haben wir ja die Möglichkeit, mit immer neuen Verordnungen, Gesetzen, Staatsverträgen und politischen Trickereien unsere Gerichtsschlappen auszubügeln. Was aber nun das Bundesverwaltungsgericht diesen Herrschaften ins Stammbuch geschrieben hat, ist sicher ein Höhepunkt. Lesen Sie bitte folgende Zitate aus dem nun veröffentlichten Urteil vom 16.03.06:

„Der Beklagte misst zu Recht dem Nachtlärmschutz besondere Bedeutung zu. Die hierzu getroffenen Regelungen halten jedoch in mehrfacher Hinsicht einer rechtlichen Überprüfung nicht Stand...“

„Daneben weist das Gesamtkonzept des Lärmschutzes auch Maßnahmen des aktiven Schallschutzes auf, die indessen ungenügend sind...“

„Nach eigener Darstellung dient die Nachtflugregelung, die dem Planfeststellungsbeschluss zugrunde liegt, dazu, neben dem Linienverkehr vor allem dem Charter- und Touristikverkehr optimale Entfaltungsmöglichkeiten während der gesamten Nachtzeit zu bieten. Etwaige Besonderheiten, die es rechtfertigen könnten, die Betreiber-/ Nutzerinteressen auf Kosten der Lärmschutzbelange der Anwohner in ungleich stärkerem Umfang zu fördern, als die auf deutschen Flughäfen üblich ist, zeigt sie nicht einmal ansatzweise auf...“

„Die Planfeststellungsbehörde mutet mithin einer Vielzahl von Lärmbetroffenen Opfer bis an die Grenze des rechtlich hinnehmbaren zu...“

Die einzig möglichen Schlussfolgerungen müssen sein:

- Die Standortentscheidung „Schönefeld“ hat die Politik solange über 10 Jahre hinmanipuliert, bis das Gericht sich selber für unfähig erklären konnte, den Standort nicht zu genehmigen. Sicher auch mit einem Gott sei Dank. Wie hätten die Richter sich sonst mit der „Großen Politik“ anlegen müssen, wenn sie ebenso entschieden hätten, wie das OVG Brandenburg, das den Standort schon mit seiner Entscheidung vom 11.02.2005 vernichtet hatte.
- Die Begründung zur politischen Standortentscheidung hört sich putzig an. Die „Aufkommensnähe“, also Anwohner/mögliche Fluggäste bis zum Zentrum Berlins, ist letztlich schwerwiegender als das Schutzinteresse nach Grundgesetz. Putzig ist die Entscheidung deshalb, weil sich weltweit und so auch in Deutschland die Flughäfen am besten entwickeln, die in bevölkerungsarmen Regionen liegen. Hat etwa der Flughafen München „Aufkommensnähe“ (45 km vom Zentrum entfernt) oder Hahn in der Eifel? Da kann man auch noch Flughäfen in Asien, Afrika oder USA betrachten. Für Neuplanungen in Europa (Paris, Madrid) spielt die „Aufkommensnähe“ überhaupt keine Rolle. Da geht man zum Schutz der Menschen aufs flache Land, mit Entfernungen zur „Aufkommensnähe“, die dann auch bis zu 100 km betragen können. Das Gericht ignoriert, dass alle Flughäfen mit historisch begründeter „Aufkommensnähe“ ständigen rechtlichen Auseinandersetzungen unterliegen (Frankfurt, Düsseldorf, selbst München) und permanent die Gerichte beschäftigen, so auch das Bundesverwaltungsgericht.
- Vielleicht ist ja auch für Bundesverwaltungsrichter, die in Berlin wohnen, Sperenberg ebenso sibirische Pampa wie für Wowereit, der ja noch kürzlich kundtat, dass Schönefeld in der Uckermark liegen würde. Das wäre eine Erklärung.
- Sicherlich um einer Verfassungsbeschwerde zu entgehen, wurde dann das Lärmschutzkonzept in einer Mischung aus Leitlinien und Verantwortungszuordnung für rechtswidrig erklärt. Den „Salat“ dieser Entscheidung hat nun wieder einmal der Zahlmeister Brandenburg. Ohne Verantwortung Berlin, das nun den Brandenburgern Morus lehren wird. Es ist kein Treppenwitz: Der Hauptnutznießer des gegen eingeknickte Brandenburger durchgesetzten Standorts „Schönefeld“ ist aus der Verantwortung und kassiert dafür auch noch Milliarden vom Brandenburger Steuerzahler. So hat denn das Gericht auch unverschämte Cleverness versus politische Dummheit Brandenburgs belohnt.

Jetzt hat er den Salat, der Herr Bretschneider!

Kurz vor den Pensionierung stehend darf sich nun der Leiter der Brandenburger Planfeststellungsbehörde Rainer Bretschneider mit dem Scherbenhaufen beschäftigen, den er sich durch politische Abhängigkeit selber aufgetürmt hat.

Nun darf er wieder beweisen, zu welchen Windungen, Verdrehungen und vielleicht auch Täuschungen er fähig ist. In einem vom Bundesverwaltungsgericht zerschlagenen Lärmschutzkonzept hat er ja schon einmal bewiesen, zu welchen Rechtswidrigkeiten er und seine Behörde bereit sind, um den Fluglärm vor den Menschen zu schützen. Jetzt fängt er wieder von vorne an! Er lässt sich zuerst von der FBS und den Fluggesellschaften vorlegen, was diese unter Nachtflug in öffentlichem Interesse verstehen oder für unabdingbare wirtschaftliche Interessen halten. Dann wird er von Platzeck und Wowereit hören, was deren Forderungen sind. Daraus wird dann das Gebräu neuer Planfeststellungsbeschluss zum neuen Lärmkonzept. Dazu gehört dann wieder die lautstarke Propaganda von dem nun diesmal wirklich rechtssicheren Beschluss. Selbstverständlich dürfen dann alle wieder jubeln, die Politik, die Wirtschaft, die Medien. Bei diesem Jubel muss dann der BVBB, als Anwalt der Betroffenen, totgeschwiegen werden. Macht nichts! Wir wissen schon, auch dieser Beschluss durchläuft über Jahre von Einwendungen bis Anhörungen das ganze Verfahren. Am Ende wird dann das Bundesverwaltungsgericht eine neue Klage auf dem Richtertisch haben. Auch Herr Bretschneider sollte sich über die Entschlossenheit des BVBB nicht wiederum täuschen. Der BVBB wird für die Betroffenen das Recht erkämpfen.

Rechtzeitig zum Wahltermin in Berlin gibt's die Fete!

Am 5. September 2006 soll es so weit sein. Mit großem Brimborium, der Selbstdarstellung von Wowereit, Platzeck und sicher auch Merkel, soll der Spatenstich für ein Unikum gefeiert werden, das sich bundesweit seinen Ruf als Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt erarbeitet hat. Alle sollen nun feiern, dass Berlin für 6 Mrd. EURO (rechnen Sie mal nach, was bisher schon im Sand steckt) einen Regionalflughafen bekommt, der für Fluggäste und Airlines schlechtere Bedingungen bietet, als das bisherige Flughafensystem. Sie sollen einen Bau feiern, der sie -falls er dann in Betrieb gehen sollte - nach 22:00 Uhr nicht mehr in Berlin landen lässt. Sie sollen einen Bau feiern, für den immer das Geld da sein wird, was den Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten, Sportvereinen, dem Straßenbau oder den Sozialhaushalten abgenommen wird. Entgegen aller Propaganda sollen Sie dann auch noch feiern, dass der Mittelstand in Berlin und Brandenburg bei der Baubeteiligung leer ausgeht und am Ende durch die geplante modernste automatisierte Abfertigung, neben der Vernichtung von Arbeitsplätzen in Erholungsbetrieben, bei Bahn und Busunternehmen und durch Ferienreisende, die mit Billigfliegern ins Ausland fliegen, Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden. Wir werden den 05.09.2006 nutzen, um mit einer Protestdemonstration gegen die Kapital- und Arbeitsplatzvernichtungsmaschine BBI in Schönefeld zu demonstrieren. Achten Sie bitte auf die Ankündigungen des BVBB auf unserer Homepage www.bvbb-ev.de, der Ortsgruppen und der BVBB-Pressemitteilungen.

Die Katze verlässt den Sack!

Die Jobmaschine ist ohne Getriebe. Wer erinnert sich noch an Propaganda und Hofberichterstattung von Arbeitsplätzen über Arbeitsplätze an und für den BBI? Und nun:

- Die Flughafengesellschaft wird in den nächsten Jahren um ca. 300 Arbeitsplätze ärmer. So der neue Chef des Pleiteunternehmens. Es sind zu viele Leute an Bord. Natürlich gibt es keine Entlassungen, es sind genug, die alleine aus Altersgründen ausschieden.
- Tempelhof wird auf jeden Fall zugemacht. Dann werden wiederum 300 Arbeitsplätze verschwinden.
- Der Flughafen wird der modernste in Deutschland, so der neue Chef! Da benötigt man kein Abfertigungspersonal mehr am Check-In. Geht alles mit Computer und elektronischen Tickets. Natürlich wird auch die Gepäckabfertigung so modern gestaltet, dass hierfür praktisch kein Personal mehr gebraucht wird.
- In drei Schichten wird nicht mehr gearbeitet, denn des Nachts wird der Flughafen stillgelegt, weiß niemand mehr fliegen darf. Da fragt sich dann nur noch, was der neue Chef mit den ganzen überflüssigen Arbeitskräften machen will, die bei Schließung von Tegel ihr Brot in Schönefeld verdienen möchten?
- Der angeschmierte Mittelstand, der sich für die BBI Propaganda missbrauchen ließ, weiß nun auch, dass es keine Aufträge geben wird. Von wegen dann zusätzliche Arbeitsplätze und Gewinne. Nein! Lange Nasen und mitleidiges Lächeln über die Naivität gegenüber Politikersprüchen.
- Jahrelang wurde die Öffentlichkeit mit dem Wirtschaftsaufschwung durch das 2 Mrd. Projekt BBI angeschmiert. Jetzt kommt eine Teilwahrheit, dank Bundesfinanzminister Steinbrück heraus. Plötzlich soll das BBI-Unikum 3,5 Mrd. kosten. Bei seiner Wahrheit hat er dann die 1,5 Mrd. die es bisher für BBI in den märkischen Sandgekostet geflossen sind einfach unterschlagen. Da fehlte ihm der Mut, schon einmal 5 Mrd. zu zugeben. (Übrigens, der BVBB hat schon vor Jahren vorgerechnet, dass das Unikum wenigstens 6 Mrd. kosten wird und dies ohne Kapitalkosten.
- Von wegen Wirtschaftsaufschwung durch Bauleistungen von Berliner und Brandenburger Unternehmen. Alles geht an wenige Generalunternehmer, die mit der Region nur am Hut haben, dass sie hier abkassieren können und fette Gewinne da hin bringen, wo sie ihre Firmensitze haben. Die Arbeitskräfte bringen sie dann zum Dank auch noch mit.

Es kam und kommt wie der BVBB immer gesagt hat: Der BBI wird eine riesige Arbeitsplatz und Kapitalvernichtungsmaschine. Da hilft keine Propaganda und Schönschreiberei. Wir dürfen gespannt sein, was Platzeck und Wowereit nun daher schwätzen und was die Medien sich einfallen lassen, um sich von der Propagandamaschine der Politik zu verabschieden.

Was kann mit Sicherheit nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum BBI Schönefeld bereits gesagt werden!

Lassen Sie sich durch Propaganda und Hofberichterstattung nicht für dumm verkaufen. Die Wahrheit, als Ergebnis des Urteils vom 16.03.03, nun nach schriftlicher Vorlage vom 15.06.06, über den Flugbetrieb eines BBI, der mit allen Mitteln und ohne Rücksicht auf Verluste gebaut werden soll, lesen Sie nur hier. Langsam dämmert es nun, wie groß der Erfolg des BVBB und der Kläger wirklich ist. Wir haben zwar den Standort noch nicht verhindert, aber als Anwalt der Lärmschutz betroffenen durch das Nachtflugverbot einen Riesenerfolg erzielt und der Politik eine Niederlage bereitet, die sie nun mit der Wahrheit ihres Unsinn vertraut macht.

Das wäre die wahre Zukunft des BBI:

- Mit dem „Single Standort“ BBI werden 4 funktionierende Start und Landebahnen in Tegel, Schönefeld und Tempelhof vernichtet. Anstatt jetzt vorhandener Bahnkapazitäten von mindestens 100 Starts und Landungen je Stunde wird es dann auf dem BBI nur noch 84 mögliche Starts und Landungen geben.
- Für BBI sind nur 16 Fluggastbrücken geplant. Im aktuellen System der drei Berliner Flughäfen gibt es 22.
- Der BBI soll mit 26 Parkpositionen für Flugzeuge bedacht werden. Im aktuellen System der Berliner Flughäfen gibt es 87 Parkpositionen.
- Wie viel qm Flugzeughallen es auf dem BBI geben soll, ist noch nicht heraus. Sicher wird aber sein, dass es weniger werden als die 105.500.000 qm die jetzt zur Verfügung stehen.
- Im jetzigen Flughafensystem (Tegel, Schönefeld, Tempelhof) herrscht praktisch uneingeschränkter Flugbetrieb bei Tag und Nacht. Nach 23:00 Uhr verspätete Flugzeuge können in Schönefeld landen. Wenn BBI eröffnet wird, wird es dann nach Leipzig oder Hannover gehen. Der Traum, dass alle verspäteten Flugzeuge nach 22:00 Uhr, weil in öffentlichem Interesse, auf dem BBI landen können, ist ein Propagandatraum.
- Die Grundstückskosten sind Gegenstand von Spekulationen einer Vielzahl von Eigentümern. Die Umsiedlung von Diepensee ist erst der Anfang für weitere Umsiedlungen, die nun unter horrenden Kosten (Diepensee hat nach Angaben der FBS 86 Mio. EURO gekostet) eingeleitet werden müssen. Die Höhe der Kosten für Lärmschutzmaßnahmen und Entschädigungen kennt noch niemand. Überhaupt sind alle Finanzierungs- und Kostenangaben eine Mischung aus Traum und Verschleierung.
- BBI bleibt ein Regionalflughafen. Ohne Nachtflug und Ausbaufähigkeit gibt es kein Drehkreuz mit einer Vielzahl von Umsteigern, die in den Wartezeiten Geld in Gastronomie und Shops lassen. So bleibt BBI auf ewig unwirtschaftlich und muss jährlich vom Steuerzahler vor der Pleite bewahrt werden. Was ist das für ein Milliardenneubau, von dem die FBS selber zugibt, dass die Umsteigerzahlen sich nur von aktuell 3% auf 5% erhöhen werden.
- Weil es keine wirkliche Ausbaufähigkeit gibt, hat sich Berlin und Brandenburg endgültig von der internationalen Entwicklung des Weltluftverkehrs verabschiedet. Die Konkurrenz in Leipzig, München, Frankfurt, Amsterdam, Kopenhagen und Warschau bedankt sich herzlich für die Dummheiten der Berliner und Brandenburger Politiker.
- Die Schienenanbindung wird zur unwirtschaftlichen Katastrophe. Bummelbahnen mit Fahrtzeiten von über 20 Minuten vom Hauptbahnhof in einen unterirdischen Bahnhof (der nach neuesten Mitteilungen in der Planung schon 680 Mio. EURO kosten soll), in dem sich die Fluggäste einsam fühlen. Bahnsteige von über 420 m Länge, die nie einen ICE sehen werden und darum an das internationale Schienennetz nicht angebunden sind.
- Dazu Lärmterror und Belästigung für 150 000 betroffene zwischen Erkner und Ludwigsfelde mit der Folge ständiger rechtlicher Auseinandersetzungen über die nächsten 50 Jahre.

Für diesen wirklichen Unsinn wurde der Standort Sperenberg verworfen. Da wäre für weniger Geld alles möglich: Beliebige Ausbaufähigkeit auf bis zu 6 Start- und Landebahnen, uneingeschränkter Tag- und Nachtflugbetrieb mit ICE und ICE-Geschwindigkeit in knapp 20 Minuten vom Zentrum zum Flughafen, preisgünstiger ICEBahnhof in oberirdischer Bauweise und mit garantierte ICEAnbindung, nur wenige hundert geringfügig Lärmbetroffene, Entwicklungsschwerpunkt in einer sonst sterbenden Region, alle Grundstücke in Bundesbesitz und so geringste Grundstückskosten.

Können Sie noch verstehen, wie man bei einer Alternative wie Sperenberg einen BBI in Schönefeld feiern kann? Der BVBB kann dies nicht, genau so wenig wie alle, die was von Flughäfen und ihren Standorten verstehen. Verstehen kann dies nur derjenige, dessen Großtaten in der Vergangenheit in der Vernichtung von Milliarden bestand, durch dessen Politik Großprojekte gescheitert sind und der das Geld des Steuerzahlers „verbrannt“ hat. BBI ist darum nur die Fortsetzung der bundesweit bekannten Schuldenpolitik von Berlin und Brandenburg. Alles möglich gemacht durch Blockparteien-System und Hofberichterstattung.

Aufruf

An alle, die bisher abseits standen und sich auf die Arbeit und das Geld der BVBB-Mitglieder im Kampf gegen das Irrsinnprojekt Großflughafen Schönefeld verlassen haben!

Hand aufs Herz! Haben Sie nicht schon selbst darüber nachgedacht, unter welchen Opfern und mit welchem Geld 5000 Mitglieder des BVBB den Kampf „David gegen Goliath“ aufgenommen haben, um auch Sie zu schützen? Ist Ihnen bewusst, dass Sie heute schon unter einem Lärmterror von über 300 000 Flugbewegungen leben müssten und bei 80 Überflügen in der Nacht nicht mehr gesund schlafen könnten, wenn der BVBB nicht gewesen wäre? Ist Ihnen bereits bewusst, dass unsere Kinder in Zukunft in schalldicht isolierten KITAS und Schulen leben und lernen sollen, die mit Ventilatoren zwangsbelüftet werden? Welche Gedanken haben Sie, wenn Sie wissen, dass sämtliche Erholungsgebiete zwischen Müggelheim und Ludwigsfelde und so auch alle Privatgrundstücke mit dem Lärm von 360.000 Flugbewegungen im Jahr quasi vernichtet werden?

Glauben Sie an das Propagandageschwätz von 40.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen nach 2012, wenn es in Berlin nur noch einen statt bisher drei Flughäfen geben soll? Glauben Sie, dass mittelständische Unternehmen vom Baukuchen des Flughafens soviel abbekommen, dass sie zusätzliche Arbeitskräfte einstellen könnten?

Glauben Sie an die Allmacht der Politiker, dass sie tun und lassen können, was ihnen so an Rücksichtslosigkeit und Dummheit einfällt? Glauben Sie, dass der Flughafen nur 2 Mrd. EURO kosten soll, wie gebetsmühlenhaft wiederholend gelogen wird?

Geben Sie diesen Glauben auf! Vor allem, Sie sollten wissen, dass Resignation oder „die machen doch, was sie wollen“ für Sie Niederlage bedeutet und auf Ihre Vergesslichkeit spekulierende Politiker sich immer als Sieger fühlen? Mit der Methode „das dumme Volk ist unser bester Verbündeter“, bestreiten sie ihr Geschäft. Machen Sie Schluss mit deren Arroganz. Wehren Sie sich mit und in der Solidargemeinschaft der BVBB-Mitglieder. Wir sind parteipolitisch unabhängig, nur unserem Kampf verpflichtet. Keinesfalls sind wir Mitläufer, von denen die Arroganz der Parteipolitiker lebt und sich ihre Pfründe sichert.

Der BVBB hat bewiesen, dass diese Allmacht Grenzen hat. Wir haben verhindert, dass Sie nicht schon heute (geplant war spätestens 2005) unter Fluglärmterror leben müssen. Wir haben Recht behalten und behalten Recht mit unseren Argumenten zum größten Pleiten-, Pech- und Pannenprojekt, das sich Berlin und Brandenburg als Höhepunkt politischer und sachlicher Unfähigkeit leisten wollen.

Nun geht der Kampf gegen diesen Irrsinn in die nächste Runde. Das Bundesverwaltungsgericht hat das Lärmkonzept zum Schutz der Bevölkerung als Konzept zum Schutz des Fluglärms vor den betroffenen Menschen für rechtswidrig erklärt.

Dies bedeutet:

- ein neues Planfeststellungsverfahren mit Bürgereinwendungen, öffentlicher Anhörung und sicher wiederum Klage gegen den Beschluss vor dem Bundesverwaltungsgericht,
- wiederum den vollen Einsatz von ehrenamtlichen Mitglieder des BVBB über hunderttausende von Arbeitsstunden,
- höchste finanzielle Opfer für Rechtsberatung und Gutachten.

Sind Sie der Auffassung, dass die BVBB Mitglieder, auch zum Vorteil aller, die abseits stehen, diese Opfer wieder alleine bringen sollen? Solidarität oder Egoismus?

Wenn Sie anerkennen, was der BVBB und seine Mitglieder bisher auch für Ihre und die Zukunft Ihrer Kinder getan hat, dann wollen und dürfen Sie nicht mehr abseits stehen, sich auf Menschen verlassen, die selbstlos auch für Ihre Zukunft kämpfen.

Wer nun bereit ist, sich um die eigene Zukunft zu sorgen und die Reihen des BVBB als Anwalt der Lärmopfer zu stärken, Beiträge dafür zu zahlen oder im Falle einer verneinten Mitgliedschaft zu spenden, den bitten wir, zu handeln.

Wir brauchen im Kampf, auch für Ihre Zukunft, jeden EURO. Wir brauchen im Kampf gegen unverantwortliche Politiker auch Sie als Mitglied. Vielleicht gelingt es ja mit Ihrer Hilfe, durch Ihre Teilnahme an Protestaktionen, einen politischen Aufstand zu organisieren, der beweist: Wir sind das Volk die Politik zu zwingen, zu tun was uns allen für Zukunft und Glück hilft!

Das ist der Weg zum Erfolg!

- Sie werden Spender und Mitglied des BVBB
- Sie sagen und schreiben Ihren Gemeindevertretern, Landtagsabgeordneten und Bundestagsabgeordneten, was Sie von deren Rücksichtslosigkeit halten
- Sie sprechen mit Verwandten und Nachbarn und bitten um Unterstützung
- Sie entwickeln mit den Beiräten in KITAS und Schulen eine Widerstandsbewegung zum Schutz unsere Kinder
- Sie unterstützen den BVBB bei allen Veranstaltungen und Demonstrationen gegen den BBI.

Wenn es den Betroffenen gelingt, nun aus dem Widerstand eine Volksbewegung zu machen, nicht mehr darauf zu warten, dass der BVBB und seine Mitglieder die Last des Kampfes alleine tragen, dann setzen wir nicht nur den Nachtschutz durch, dann bringen wir auch den BBI noch dahin, wo er hin gehört: In den Abfalleimer einer verfehlten BerlinBrandenburger Flughafenpolitik.

Ja, ich mache mit!

Denn genug ist genug!

Ich lasse die BVBB-Mitglieder nicht mehr alleine im Kampf um unsere Zukunft. Ich werde Mitglied und/oder Spender.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name	Vorname
Straße	
PLZ	Wohnort
Geb.-Datum	Beruf
Tel. privat	Tel. dienstlich
Fax privat	Fax dienstlich
Ort / Datum	Unterschrift
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens
und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als
Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- und Beitragskonto des BVBB:
Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 71 887 330 04

Mitglieder-Werbeaktion: Jedes Mitglied wirbt ein neues Mitglied! Wir wollen 10.000 erden!

**SCHÖNEFELD
MIT UNS
NICHT**